

Hinsehen Wahrnehmen Ansprechen

Handreichung für Gemeinden zum Umgang
mit Rechtsextremismus, Antisemitismus
und Fremdenfeindlichkeit

Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen

Handreichung für Gemeinden

zum Umgang mit Rechtsextremismus,
Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Inhalt

Geleitwort	5
Vorwort	7
Das Menschenbild der Bibel	9
1. Rechtsextremismus – was ist das?	13
1.1. Rechtsextreme Organisationen	17
1.2. Rechtsextreme Sprache	19
1.3. Rechtsextreme Musik	21
1.4. Rechtsextreme Religion	24
1.5. Rechtsextreme Kleidung	26
1.6. Antisemitismus	27
2. Rechtsextremismus im Bereich unserer Landeskirche	29
2.1. Das betrifft uns doch gar nicht. Oder?	31
2.2. Was können Kirchengemeinden tun?	35
2.3. Was tun, wenn »die Rechten« kommen? Zum Umgang mit Rechtsextremen bei Veranstaltungen	38
3. Ermutigung zum Handeln	41
3.1. BAFF – »Bands auf festen Füßen« gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	43
3.2. Jerusalems-Kirche – Forum für interreligiöse Bildung	44
3.3. Wiederkehrende Anlässe für Initiativen	44
4. Adressen, Literaturhinweise, Glossar	47
4.1 Adressen	49
4.1.1. Überregionale Initiativen	49
4.1.2. Hilfreiche kirchliche Adressen im Bereich der EKBO	51
4.1.3. Weitere Initiativen im Bereich der Landeskirche	51
4.1.4. Internet	53
4.2. Weiterführende Literatur	54
4.3. Glossar rechtsextremer Einstellungen	57
Impressum	60

Es ist nicht zu übersehen: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen ist eine große Herausforderung für alle Demokraten in unserem Land – und für alle Christinnen und Christen in unserer Landeskirche. Dieser Aufgabe müssen wir uns gemeinsam stellen.

Der Rechtsextremismus zeigt sich in vielen Ausprägungen: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Gewaltbereitschaft sind nur einige seiner Gesichter. Immer häufiger begegnet uns Rechtsextremismus auch in einem bürgerlichen Gewand. Statt Bomberjacken tragen die neuen Rechten modische Kleidung. Als Christinnen und Christen wissen wir um die Verführbarkeit des Menschen, wir wissen, dass Menschen gern nach einfachen Antworten schießen. Aber die einfachen Antworten, die der Rechtsextremismus gibt, sind gefährlich.

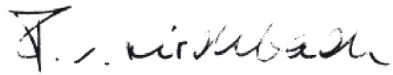
Im Zentrum der sozialetischen Tradition des Protestantismus steht die Freiheit aus Glauben, die sich im Dienst am Nächsten bewährt. Als Christinnen und Christen beteiligen wir uns an der Gestaltung des öffentlichen Lebens in Gemeinden. Daher dienen die Bemühungen in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen der Prävention, auch wenn sie nicht ausdrücklich auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus abzielen.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hat sich wiederholt mit den Gefahren des Rechtsextremismus beschäftigt. Sie hat die Gemeinden dazu aufgerufen, Rechtsextremismus auch in scheinbar harmlosen Formen nicht in ihrer Mitte zu dulden. In den Jahren 2008 und 2009 stehen in Brandenburg und Sachsen Kommunal- und Landtagswahlen

an. Wir müssen jedoch befürchten, dass rechtsextreme Parteien und Gruppierungen mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen verstärkt aktiv werden. Das ist für die Kirchenleitung Anlass, die Gemeinden zu verstärktem Engagement in demokratischen Prozessen aufzurufen und sie gleichzeitig zu bitten, sich gegen rechte extremistische Parteien zu engagieren. Mit Mut, Geduld, Fantasie – und mit Gottes Hilfe.

Berlin, am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus,

27. Januar 2008



Pröpstin
Friederike von Kirchbach



Generalsuperintendentin
Heilgard Asmus

Mehr als 60 Jahre nach Kriegsende ist die Ideologie des Nationalsozialismus noch immer wach. Es erschrecken Meldungen über die Schändungen von jüdischen Friedhöfen und von Gedenkstätten, über Gewalt gegen Ausländer und »Andersdenkende« sowie lautstarke Kundgebungen mit menschenverachtenden Inhalten. Auf Schulhöfen, in Discos und andernorts wird Nazi-Propaganda betrieben. An Kinder werden Schriften und CDs mit menschenverachtenden, meist antisemitischen Inhalten verteilt. Aufnäher und auffällige Kleidungsmerkmale sollen die Erkennbarkeit untereinander stärken und nach außen Stärke demonstrieren. Rechtsextreme Kameradschaften, Vereine und Freundesgruppen breiten sich über Regionen aus, planen Propaganda und Gewaltaktionen.

»Was geht das die Kirchen an?«, fragen Bürgermeister, Amtsdirektoren und Personen des öffentlichen Lebens in den Landgemeinden, wenn Pfarrerinnen und Pfarrer, Jugendarbeit und Gesprächskreise der Kirchengemeinden auf die bedrohliche Situation aufmerksam machen und Position beziehen. »Müssen wir uns damit auch noch beschäftigen«, fragen Gemeindekirchenräte, die sich überlastet fühlen und die Auseinandersetzungen in der Gemeinde und im Ort fürchten.

Die Stellungnahme der beiden Kirchen anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes macht deutlich, warum wir der Verantwortung nicht ausweichen können: »In den deutschen Konzentrationslagern geschahen unfassbare Verbrechen. Die planmäßige Judenvernichtung übersteigt noch heute jede Vorstellungskraft. So schwer es den Zeitgenossen und auch den Nachgeborenen fallen mag, sich diese Geschehnisse immer wieder vor Augen zu führen – wir halten damit die Mahnung wach, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um eine Wiederholung solchen Schreckens unmöglich zu machen.«¹

¹ In: Wer das Gedächtnis verliert, verliert die Orientierung – Ein Wort der christlichen Kirchen zum 60. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges; Bischof Wolfgang Huber, Karl Kardinal Lehmann, Walter Klaiber, zu finden unter: http://www.ekd.de/presse/pm74_2005_kirchenwort_kriegsende.html.

Es ist notwendig, die Irrwege und Fehler auch der Kirchen zu erkennen, um vor Wiederholungen gewarnt zu sein. Dies haben die Mitglieder des Rates der EKD am 19. Oktober 1945 im Stuttgarter Schuldbekenntnis bekannt: »Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ... wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben«.

Noch umfassender und konkreter benennt das Darmstädter Wort, vom Bruder-rat der EKD 1948 herausgegeben, die Irrwege der Kirche mit sieben Thesen »Wir sind in die Irre gegangen ...«: »Gebt aller glaubenslosen Gleichgültigkeit den Abschied und lasst euch nicht verführen durch Träume einer besseren Vergangenheit ..., sondern werdet euch in dieser Freiheit und in großer Nüchternheit der Verantwortung bewusst.«

Bereits 1940 beschrieb Dietrich Bonhoeffer in seiner Ethik das Versagen der Kirche gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.²

In der Tradition und der Konsequenz dieser Schuldbekenntnisse sieht die Evangelische Kirche ihr Engagement gegen Rechtsextremismus. Es besteht nicht nur Erklärungs- sondern auch Handlungsbedarf. Auch wenn die politische und historische Situation damals nicht vergleichbar ist mit heute, sind doch die Reaktionen wieder ähnlich. Es wird zu häufig weggeschaut, statt nachzufragen und lieber mischt man sich nicht ein, auch wenn vor der eigenen Tür Unrecht geschieht.

Deshalb ist es wichtig, dass die Kirchengemeinden und die kirchlichen und diakonischen Einrichtungen im Bereich der EKBO rechtsextreme Umtriebe in ihrem Umfeld wahrnehmen und sich mit unterschiedlichen Aktivitäten dagegen wehren.

2 »Die Kirche bekennt die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Hass und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zur Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi«.
(In: D. Bonhoeffer: Ethik, hg. v. Eberhard Bethge, München 1956).

Rassismus und Rechtsextremismus leugnen die Gleichwertigkeit aller Menschen. Das steht im Gegensatz zur biblischen Vorstellung vom Menschen, wonach vor Gott alle Menschen gleich sind. Alles Leben hat seinen Grund in Gott. Gott schafft, will und erhält das Leben, er ist Ursprung und Ziel allen Lebens.³ Das gilt auch für das Leben des Menschen. Im ersten Schöpfungsbericht der Bibel (1 Mose 1,26f.) wird ausdrücklich gesagt, dass der Mensch »als Abbild Gottes« erschaffen wurde.

Trotz ihrer Unterschiede kommt allen Menschen dieselbe Würde zu, weil sie Kinder des einen Vaters sind. Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht in diesem großen Traditionszusammenhang, wenn es dort heißt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

Die Schöpfungsgeschichte bietet keinen Anhaltspunkt dafür, dass in der Verschiedenheit und Vielfalt der Geschöpfe Gottes, insbesondere des Menschen, eine Herrschaftsordnung angelegt sei. »Völker, Rassen und Nationen, die sich zum Herrn der Welt aufschwingen, werden damit keineswegs zum Bild, zum Stellvertreter Gottes, oder zum ›präsenten Gott‹ auf Erden, sondern allenfalls zum Monster. Göttlich legitimierte Herrschaft üben Menschen nur als Bild Gottes aus. Das heißt in diesem schöpfungsgemäßen Zusammenhang: als ganze Menschen, als einander gleiche Menschen und in ihrer menschlichen Gemeinschaft, ... nicht auf Kosten der Spaltung der Menschen in Herrscher und Untertanen, nicht auf Kosten der Spaltung der Menschheit in verschiedene Klassen.«⁴

3 Zu den theologischen Überlegungen vgl.: Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (Hg.): »... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.« Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht, 1997 (Gemeinsame Texte 12).

4 Jürgen Moltmann: Gott in der Schöpfung, 230.

In der neutestamentlichen Theologie überträgt Paulus den Gedanken der Ebenbildlichkeit auf das Vorbild Christi. Christus ist das Ebenbild Gottes und als solcher Gottes Herrlichkeit auf Erden (2 Kor 4,4). Er ist »der Erstgeborene vor aller Schöpfung. Denn in ihm ist alles erschaffen, was im Himmel und auf Erden ist, das Sichtbare und das Unsichtbare, es seien Throne oder Herrschaften oder Mächte oder Gewalten« (Kol 1,15 f.).

Über weite Strecken ist die alttestamentliche Erzählung der Geschichte Israels eine Erzählung von Unterdrückung und Flucht, von Erfahrungen des Lebens in der Fremde, von Heimatlosigkeit, aber zugleich auch von immer wieder neuer Befreiung aus all diesen Zwängen und Nöten durch Gottes rettendes Eingreifen. Die soziale Konsequenz dieser Glaubenserfahrung ist die Gleichberechtigung des Fremden in der Lebensgemeinschaft Israels: »Es soll ein und dasselbe Recht unter euch sein für den Fremdling wie für den Einheimischen; ich bin der Herr, euer Gott.« (3 Mose 24,22).

Letztlich führt die Erinnerung an das eigene Leben in der Fremde sowie das Wissen um die eigene Geschöpflichkeit und damit das Bewusstsein vom Angewiesensein auf Gottes Beistand in der Welt zu der Einsicht, dass die Erde außer Gottes niemandes Eigentum ist und in dieser Hinsicht alle Menschen Fremde in dieser Welt sind. »Ich bin ein Gast auf Erden, verbirg deine Gebote nicht vor mir.« (Ps 119,19).

Unter den biblischen Geboten gibt es wenige, die so eindeutig sind wie das Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen. Die Fremden stehen unter dem unbedingten Schutz Gottes. Der Grund dafür liegt in den Erfahrungen, die Israel in der Fremde gemacht hat: »Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.« (3 Mose 19, 33f.). Israel kann sich in die Situation, in das innerste Fühlen von Fremden hinein-

versetzen; darum ist ihm zuzumuten und von ihm zu erwarten, dass es mit Fremden so umgeht, wie es recht ist und wie es Gott will.

Deshalb rücken Fremde, also Menschen, die von Gleichgültigkeit, Missachtung und Unterdrückung bedroht sind, in die Mitte der Schutzbestimmungen Gottes. Das Schutzgebot gegenüber Fremden durchzieht wie ein roter Faden die Sammlung der Gebote des Alten Testaments: »Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen.« (2 Mose 23,9).

Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter im Lukasevangelium (Lk 10, 25ff.) zeigt sich: Es geht nicht mehr um Pflichten gegenüber Fremden, sondern um die Liebe zum Nächsten. Das heißt: Der Fremde ist zugleich der Nächste. Es wird deutlich, dass nicht nur derjenige, der einem selbst durch familiäre oder ethnische Bindungen nahe steht, geliebt werden und damit zu seinem Recht kommen soll. Nicht ein bestimmter Nahestehender verlangt Zuwendung und Hilfe, vielmehr macht das umfassende Liebesgebot umgekehrt auch einen bisher fernstehenden Menschen zum Nächsten.

Die klassische Stelle für die grenzenüberwindende Kraft der Gemeinschaft in Christus ist Gal 3,28: »Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid ›Einer‹ in Christus Jesus«. Es gibt Grenzen aufgrund von Geschlecht, Nation, Volk und Klasse, aber diese Grenzen werden in der Gemeinde Christi relativiert durch die Gemeinschaft in Jesus Christus.

Im Epheserbrief (2,19) findet sich folgende Aussage: »Ihr seid also jetzt nicht mehr Fremde ohne Bürgerrecht, sondern Mitbürger der Heiligen und Hausgenossen Gottes.« Ihr seid keine Gäste mehr, sondern daheim – egal woher ihr kommt! Da wo Christen sich als lokale Gemeinde konstituieren, sind sie stets eingebunden in einen weltweiten Zusammenhang, der die herkömmliche menschliche

Schranke nicht kennt. Es ist immer eine Gefahr für die Christengemeinde, sich zu sehr in ihren unmittelbaren Zusammenhängen zu Hause zu fühlen. Heute besteht die große Herausforderung darin, dass wir eingebettet sind in weltweite Zusammenhänge und in die großen Emigrationsbewegungen, die auch in Berlin und Brandenburg Fremde zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern machen. Aussiedler, Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie andere Menschen, die aus vielfältigen Gründen eine neue Heimat in unserer Region suchen, stellen uns die Frage, wie wir das Zusammenleben mit ihnen gestalten. Bei ihrer Beantwortung müssen wir uns am Evangelium orientieren.

Rechtsextremismus – was ist das?

Es gibt nicht »den« Rechtsextremismus. Rechtsextremismus ist eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Strömungen und Orientierungen, die jedoch einige Gemeinsamkeiten haben. Typisch für rechtsextreme Orientierungen ist

- die Leugnung der Gleichwertigkeit aller Menschen,
- die Bereitschaft, die eigenen politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen,
- die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats.

Rechtsextremisten unterstellen, es gäbe eine naturgegebene ethnische und/oder rassische Ungleichheit der Menschen. Meist folgern sie daraus eine Überlegenheit des eigenen Volkes bzw. der eigenen Nation gegenüber anderen Völkern und Nationen. Dieses Überlegenheitsgefühl kennen wir als Rassismus oder Nationalismus.

Rechtsextremisten leugnen die universale Geltung der Menschenrechte und damit das Gleichheitsprinzip der Menschen. Natürlich gibt es geistige, körperliche und soziale Unterschiede zwischen Menschen. Es gibt unterschiedliche Lebensvorstellungen und unterschiedliche Erfahrungen. Diese wahrzunehmen ist nicht rechtsextrem. In die Nähe rechtsextremen Denkens kommt man jedoch, wenn man aus solchen Unterschieden eine Hierarchisierung in höhere und minderwertige Menschengruppen vornimmt, einer Gruppe besondere Rechte zuspricht und einer anderen diese abspricht. Rechtsextreme werten üblicherweise die eigene Gruppe auf und werten Fremde ab. Wer nicht zur eigenen »Volksgemeinschaft«, »Rasse«, »Nation« usw. gehört, wird als »Fidschi«, »Zecke«, »Neger« usw. diskreditiert.

Typisch für den Rechtsextremismus ist die Bereitschaft, die eigenen politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Das aggressive und provozierende Auftreten vieler Rechtsextremer ist keine Show. Vielmehr sind sie oftmals gewaltbereit, wie zahlreiche gewalttätige Übergriffe belegen.

Rechtsextreme haben ein antipluralistisches Gesellschaftsverständnis. Damit sind zwei Einstellungen gemeint, die sich gegenseitig bedingen: Antipluralismus heißt, dass man einerseits die parlamentarische Demokratie ablehnt und andererseits dem Ideal einer Einheitsfront anhängt. Abgelehnt wird also das Parteiensystem, der offene Kampf um Wählerstimmen, der politische Streit und die Notwendigkeit, im politischen Handeln Kompromisse zu schließen. Rechtsextreme verachten die Demokratie dafür, sie träumen von einer Einheit zwischen Regierung und Volk, von einer Gleichschaltung aller politischen Interessen (»Ein Volk, ein Reich, ein Führer«). Diese angestrebte Einheit von Volk und Führer wäre nur in einer autoritär geführten Gesellschaft (»Volksgemeinschaft«) möglich. Rechtsextreme wünschen sich daher oft einen »starken Staat« und sie lehnen die Diskussionskultur der parlamentarischen Demokratie ab. Zweifellos hat auch die Demokratie ihre Schwächen. Mitunter stellen Politiker die Interessen ihrer Partei über die ihrer Wähler, es gibt Machtmissbrauch. Solche Missstände lassen sich nicht leugnen. Sie bleiben jedoch Einzelfälle und werden häufig aufgedeckt. Rechtsextreme nutzen derartige Vorfälle, um ihre grundsätzliche Kritik an der parlamentarischen Demokratie polemisch vorzutragen.

Nach einer Statistik des Verfassungsschutzes liegt das rechtsextremistische Potenzial bei etwa 1320 Personen in Brandenburg. Im Jahre 2006 registrierte die Polizei 1400 rechtsmotivierte Straftaten, womit diese Zahl gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen ist.⁵ Der Anstieg resultiert überwiegend aus dem Anwachsen sogenannter Propagandadelikte, wie dem Zeigen des »Hitlergrußes« in der Öffentlichkeit oder dem Grölen rechtsextremer Parolen. Der genannte Anstieg von Propagandadelikten dürfte auch damit erklärbar sein, dass rechtsextremistische Schmierereien häufiger angezeigt werden. Die gestiegene Bereitschaft, solche Delikte wahrzunehmen, ist eine erfreuliche Entwicklung. Denn der Widerstand gegen Rechts beginnt mit kleinen Schritten: Hinsehen, Wahrnehmen, Ansprechen.

5 Vgl. <http://www.internetwache.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=335531>.

1.1. Rechtsextreme Organisationen

Im Bereich der EKBO betätigen sich derzeit zwei rechtsextremistische Parteien: Die Deutsche Volksunion (DVU) ist im Brandenburger Landtag vertreten und hat besonders in südlichen Regionen der Landeskirche einen nennenswerten Einfluss auf die Kommunalpolitik. Die Stärke der DVU resultiert unter anderem daraus, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bei den Landtagswahlen 2004 zugunsten der DVU in Brandenburg auf eine eigene Kandidatur verzichtet hatte. Das war im sogenannten »Deutschlandpakt« zwischen beiden Parteien verabredet worden. Dennoch ist auch die NPD in Brandenburg sehr aktiv. In Sachsen erzielte sie 2004 mit 9,2 Prozent der Stimmen eines ihrer besten Ergebnisse. Hochburgen der NPD im Bereich unserer Landeskirche sind im Sprengel Görlitz zu finden.

In Berlin konnte der NPD-Landesverband in jüngster Zeit seine Parteistrukturen ausbauen und neue Mitglieder gewinnen. Obwohl es der NPD nicht gelungen ist, die Mitgliederzahl zu verdoppeln, konnte sie ihre Aktivitäten in der Stadt merklich verstärken.

Im Bereich der EKBO verfolgt die NPD das Ziel, sich in den Kommunen, in Gemeindevertretungen und Bürgerschaften zu verankern um so das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.⁶ Dabei orientiert sie sich an den Kommunalwahlen 2008 und den Landtagswahlen 2009 in Brandenburg.

Neben der Neugründung oder Wiederbelebung einiger Orts- und Kreisverbände konzentriert sich die NPD derzeit auch darauf, mit ihrer so genannten »Wortergreifungsstrategie« öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Dabei werden unterschiedliche Veranstaltungen genutzt beziehungsweise unterwandert, um rechtsextremistische Positionen zu verbreiten und die Anwesenden einzuschüchtern (Vgl. Kapitel 4.3.).

6 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2006. Ein Handbuch, S. 9f.

Das im Sommer 2006 ausgesprochene Verbot des »Schutzbundes Deutschland«, einer rechtsextremistischen Organisation, hat die rechtsextremistische Szene nicht nur in Brandenburg verunsichert. In der Folge erklärten drei rechtsextremistische Organisationen – der »Märkische Heimatschutz« (MHS), das »Lausitzer Aktionsbündnis« und der »Sturm Cottbus« – ihre Selbstaflösung. Das heißt jedoch nicht, dass sie politisch hinzugelernt hätten: Man kann davon ausgehen, dass die Gruppen informell weiterarbeiten oder zur NPD wechseln. So sind beispielsweise einige Mitglieder des »Lausitzer Aktionsbündnisses« und von »Sturm Cottbus« in der NPD-Nachwuchsorganisation »Junge Nationaldemokraten« weiter aktiv. Ähnliches konnte man beobachten, als im Jahre 2005 die Kameradschaften »Hauptvolk«, »Sturm 27« und »ANSDAP« verboten wurden.

Weitere rechtsextreme Vereinigungen in Brandenburg:

Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ)

Nach dem Verbot der Wiking-Jugend durch den Bundesinnenminister (1994) haben viele Mitglieder den Weg in die HDJ gefunden. Diese schafft für ihre Mitglieder »eine sektenähnliche Parallelwelt, die auf rechtsextremer Gesinnung, Verherrlichung des Nationalsozialismus, Lagerfeuerromantik und paramilitärischen Übungen aufbaut.«⁷

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)

Eine der wichtigsten, rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik. Sie betreut angebliche »nationale Gefangene« – Straftäter mit rechtsextremen Gesinnungshintergrund – in den Justizvollzugsanstalten. Sie vermittelt unter anderem Briefpartner.

Deutsches Rechtsbüro (DRB)

In Birkenwerder ansässig, vermittelt rechtsextremen Gewalt- und Straftätern juristischen Beistand. Darüber hinaus nimmt das Deutsche Rechtsbüro eine wichtige Informations- und Beratungsfunktion in der Szene wahr.

⁷ Ch. Kopke: Rechtsextreme Parteien, Wahlvereine, Verbände und Vereinigungen seit 1990, in: Schoeps, Julius H. /Botsch, G. / Kopke, Ch. / Rensmann, L. (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg, Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin 2007, 83.

Bewegung Neue Ordnung – Schutzbund Deutschland –

Ja zu Brandenburg – Bewegung Neues Deutschland

Einige Vereinigungen verändern immer wieder ihre Namen. Das dürfte auch im Vorfeld der Kommunal- und Landtagswahlen 2008/2009 zu erwarten sein. Die unter wechselnder Bezeichnung agierende Gruppierung ist als NPD-Abspaltung überwiegend in der Prignitz entstanden und flächendeckend aktiv. Nach dem Verbot des »Schutzbund Deutschland« trat der Personenkreis vereinzelt als »Bewegung Neues Deutschland« auf.

1.2. Rechtsextreme Sprache

Wie eingangs erläutert, ist das rechtsextreme Milieu sehr ausdifferenziert. Es reicht von gewalttätigen Skinheadgruppen über demokratiefeindliche Neonazis in sogenannte Kameradschaften bis hin zu sich bürgerlich gebenden Parteien. Gemeinsam ist diesem Spektrum die ausgeprägte Feindschaft gegenüber Andersdenkenden und »Nichtdazugehörigen«.⁸ Die Ablehnung all dessen, was »irgendwie anders« ist, spiegelt sich auch in der Sprache wider. Mit diffamierenden Begriffen werden (vermeintliche) »Feinde« als »undeutsch« und »unwert« stigmatisiert. »Die ›Oberfeinde‹ sind die sogenannten ›Kanaken‹ und ›Zecken‹. Die ersten gelten als phänotypische ›Undeutsche‹, die zweiten als ›Undeutsche‹ nach Ideologie und Kultur. In jedem Fall ist ihre ›Bekämpfung‹ in den Augen der Szenevertreter moralisch legitim, weil sie als apokalyptische Verderber des ›Deutschen‹ gelten. Zu den ›Feinden‹ gehören weiter: Juden, ›Popen‹, Schwule, ›Kinderficker‹ und andere ›Abartige‹, ›Assis‹ oder ›Asseln‹, ›Mukus‹ (Multikulturelle), ›Politbonzen‹ und ›Systembullen‹, ›Freimaurer‹ und ›Illuminaten‹. Auch ›genotypisch Behinderte‹ finden als ›unwertes Leben‹ keine Gnade.«⁹

⁸ Vgl. die ausgesprochen interessante Information: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (Hg.): Rechtsextremer Sprachjargon mit Symbolcharakter. Zu finden unter www.ida-nrw.de/html/Fsprache.htm.

⁹ Bernd Wagner: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern, in: APUZ, B 39/2000.

Ein typisches Merkmal des Rechtsextremismus ist schließlich der Antisemitismus, der in Angriffen gegenüber Juden, Schändungen jüdischer Friedhöfe und abstrusen Verschwörungstheorien zum Ausdruck kommt. Häufig zeigt sich dieser Antisemitismus jedoch nur verdeckt in bestimmten Floskeln wie eine »gewisse Minderheit«, »Amerikanische Ostküste«, »USrael« oder »ZOG«, die für Eingeweihte sofort verständlich sind. Mit dem Begriff »Ostküste« ist nicht die Ostküste der USA im geographischen Sinne gemeint, angespielt wird damit vielmehr auf in New York ansässige, jüdische Organisationen, die in der antisemitischen Propaganda für alle erdenklichen gesellschaftlichen und internationalen Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Im antisemitischen Verschwörungsgedanken steht die Chiffre »USrael« für die Beziehungen zwischen den USA und Israel. Die Abkürzungen »ZOG« bzw. »JOG« stehen für »Zionist Occupied Government« bzw. »Jewish Occupied Government« (»zionistisch bzw. jüdisch besetzte Regierung«).

In Druckwerken und Liedtexten rechtsextremer Parteien und Gruppen tauchen immer wieder geographische Bezeichnungen mit Bezügen zum »Großdeutschen Reich« auf: So wird »Mitteldeutschland« als Bezeichnung für die ostdeutschen Bundesländer benutzt, weil »Deutschland« für die extreme Rechte bis nach Ostpreußen reicht. Die »Ostmark« steht nach einem Sprachgebrauch Hitlers für Österreich und gehört im rechtsextremen Weltbild ebenfalls zu den »deutschen Landen«.

Manche Worte sind aufgrund ihrer Betonung oder Schreibweise (zum Beispiel Doitschland, Froide oder Patrioiten) sprachliche Symbole mit Bekenntnis zum rechtsextremen Spektrum. Die Buchstaben »oi« – der Schlachtruf auch der nicht-rechtsextremen Skinheads – finden sich in Texten, auf CD-Covern oder als Aufnäher auf Jacken. Zahlreiche Rechtsrock-Gruppen transportieren dieses Kürzel in ihren Band Namen (zum Beispiel Doitsche Patrioiten, Foierstoss, Kraft durch Froide, Kroizzug, Noie Werte, Oiphorie).

Schließlich werden in der rechtsextremen Szene zahlreiche Zahlen- und Buchstabenkürzel verwendet, um in Deutschland bestehende Verbote zu umgehen. Diese Abkürzungen sind in der Regel einfach aufgebaut: Die Zahlen stehen meist

für die Buchstaben im Alphabet und die Buchstaben für die Anfangsbuchstaben der jeweiligen Parole. So bezieht sich »88« auf den achten Buchstaben im Alphabet (H) und steht für die verbotene NS-Grußformel »Heil Hitler«. Der Zahlencode wird in Flugblättern und E-Mails verwendet, als großes oder kleines Emblem auf Kappen und Hemden getragen, in Liedtexte eingebaut oder in die Haut tätowiert. Ein anderes Beispiel ist das Kürzel »18«. Es steht für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet (A + H) und spielt auf die Initialen von Adolf Hitler an. Der Zahlencode »13 47« bezieht sich auf den dreizehnten, vierten und siebten Buchstaben im Alphabet (MDG) und ist ein Kürzel für die NS-Grußformel »Mit deutschem Gruß«. Diese ist in der Bundesrepublik zum Beispiel in Briefen verboten (§ 86a StGB), wenn Aufmachung und Inhalte der Schreiben auf einen nationalsozialistischen Sprachgebrauch hindeuten. Zur Umgehung des Verbotes werden manchmal auch die Anfangsbuchstaben »MDG« verwendet.

Mit dem Zahlencode »28« oder »2 + 8« (zweiter und achter Buchstabe des Alphabets = BH) ist das seit 2000 in Deutschland verbotene »Blood & Honour«-Netzwerk gemeint. Da die verschiedenen Symbole der Vereinigung in Deutschland nicht mehr gezeigt werden dürfen, können sich Rechtsextreme mit dem Kürzel »28« weiterhin zu »Blut und Ehre« bekennen. Andere Beispiele sind »124« für »Ausländerbefreites Deutschland«, »192« für »Adolf is back« und »198« für den verbotenen NS-Gruß »Sieg Heil«. »4/20« (4:20 oder 420) steht für den 20. April und spielt auf den Geburtstag Adolf Hitlers an.¹⁰

1.3. Rechtsextreme Musik

Lange Zeit war der Rechtsrock auf die rechtsextreme Skinhead-Szene beschränkt. Mittlerweile versuchen rechtsextreme Organisationen und Bands aber immer öfter, auch andere Arten von Musik und andere Jugendkulturen zu infiltrieren. Rechtsextreme Musik findet man inzwischen auch im Bereiche klassischer Bardenmusik, bei Skinhead-Bands, in der Techno-Musik, im Hip-Hop, in

¹⁰ Einen umfassenden Einstieg in Symbolik, Dresscode und Zahlensymbolen der rechten Szene bietet: www.dasversteckspiel.de.

volkstümlicher Musik, im Dark Wave und vor allem im sogenannten Hatecore (= rechtsextremer Ableger von Hardcore). Die rechtsextreme Szene versucht, möglichst viele Musikstile zu vereinnahmen.

Die Musikrichtung als solche ist also nicht ausschlaggebend. Entscheidend sind vielmehr die Texte, das Image der Band und der Kontext, in den sie von den Jugendlichen eingeordnet werden. Dementsprechend sind Konzerte oder Szene-Partys, auf denen entsprechende CDs abgespielt werden, äußerst bedeutsam. Solche Veranstaltungen finden oft an geheimen Orten statt und werden konspirativ vorbereitet. Dieser Rahmen macht einen Teil der Faszination aus und dient nicht nur dazu, dem polizeilichen Verfolgungsdruck zu entgehen. Bei solchen Konzerten oder Partys kommen Alkoholkonsum, aggressiver Pogo-Tanz, politischer Aufruf und Gruppendynamik zusammen. Nicht selten ist es in einem solchen Zusammenhang zu Gewalttaten gegen Migranten, politisch Andersdenkende oder angeblich »Undeutsche« gekommen.

Die Texte rechtsextremer Musik sind geprägt von einem Weltbild, in dem Gewalt als konstruktives Spaß- und Erlebnismoment beschrieben wird. Deutschland wird ebenso wie die »weiße Rasse« verherrlicht und soll gegen verschiedene Feindbilder verteidigt werden. Zu den obersten Feindbildern dieser Bands gehören Ausländer, Farbige und Juden. Weiterhin gehören zum feindlichen Spektrum Linke (Antifas, Autonome, Punks und Hippies), »Systemvertreter« (zum Beispiel Politiker oder die Polizei), engagierte Christen, Obdachlose, Homosexuelle, »Asoziale« usw. In Einzelfällen unterscheiden sich Feindbilder der Rechtsextremen wenig von Parolen an manchen Stammtischen.

Die Musik gibt dem Einzelnen das Gefühl, Teil einer Bewegung zu sein, Teil einer gleichgesinnten Gemeinschaft. Mit hasserfüllten Texten peitschen Rechtsextreme bei Konzerten das Publikum auf – oder sie verteilen vor Schulen entsprechende CDs. So heißt es in einem Lied der inzwischen als kriminelle Vereinigung eingestuften Berliner Rechtsrock-Gruppe Landser:

»Wir wollen euren Jesus nicht, das alte Judenschwein / Denn zu kreuze kriechen kann nichts für Arier sein / Walvater Wotan soll unser Herrgott sein / Walvater Wotan wird Germanien befrei'n.«¹¹

Im Bereich unserer Landeskirche sind zahlreiche rechtsextreme Bands aktiv.¹² Diese Szene unterliegt schnellen Veränderungen. Zur Orientierung nennen wir einige Namen:

- Barbaren (Eisenhüttenstadt)
- Confident of Victory (Senftenberg)
- Frontalkraft (Cottbus)
- Hassgesang (Teltow)
- Kraft durch Froide (Berlin)
- Opas Enkels (Rathenow)
- Preußenfront (Barnim)
- SIGIL (Teltow)
- Treueschwur (Belzig)
- Volkstroi (Beeskow)
- Wolfskraft (Beeskow)

Für den Fall, dass man sich aktuell über rechtsextreme Bands informieren möchte, findet man im Internet aktuelle Hinweise. (Vgl. zum Beispiel www.turnitdown.de).

11 Zit. nach: Stefan v. Huene: Odin statt Jesus? Zur Bedeutung von Religion für die rechtsextremistische Ideologie, in: epd-Dokumentation »Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Und Kirche? Zum gesellschaftlichen und kirchlichen Umgang mit Rechtsextremismus.« Vom 21. 8. 2007, S. 23-28. hier 23.

12 Vgl. Feinde der Demokratie. Hassmusiker, Faltblatt, Hg.: Ministerium des Innern, Abteilung Verfassungsschutz. Vgl. www.verfassungsschutz-brandenburg.de. Christian Dornbusch / Jan Raabe : Mit Musik geht alles besser? Rechtsextreme Mobilisierungs- und Rekrutierungsversuche in Jugend- und Musikszenen, in: Schoeps, Julius H. / Botsch, G. / Kopke, Ch. / Rensmann, L. (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg, Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin 2007, S. 113-124.

1.4. Rechtsextreme Religion

Nicht jeder, der ein Sonnenwendfeuer (Johannis-Feuer) organisiert oder sich für germanische Götter interessiert, ist ein Rechtsextremist. Es gibt jedoch Verbindungen zwischen neugermanischem Heidentum und der extremen Rechten. Zu solchen Gruppen gehört zum Beispiel:

Die Artgemeinschaft

Es handelt sich hierbei um eine ausgesprochen fanatische Organisation. Sie kämpft für die »Freiheit des germanischen Menschen«, den sie unter »orientalischer Bevormundung« sieht – damit ist das Christen- und das Judentum gemeint. Von den Ketten dieses »aufgezwungenen Orientalismus« soll der »nordische« Mensch befreit werden. Auf Gemeinschaftstagen informiert man sich über alte Bräuche, organisiert unter Teilnahme »führender Persönlichkeiten unseres Volkes« Sonnenwendfeiern, Erntefeiern, Julfeiern sowie Feiern zu den Wendepunkten des Lebens (Wiegenfest, Jugendleite, Eheleite, Totenleite) usw.¹³

Die Artgemeinschaft steht der NPD nahe. Zum Wahlerfolg im September 2004 gratulierte die Artgemeinschaft mit den Worten: »Systemparteien, Lizenzpresse, Kirchen, Gewerkschaften und Vertreter des Kapitals sind in heller Aufruhr – die Bestandteile des Systems ächzen, die Balken biegen sich, der Zusammenbruch des morschen Hauses BRD scheint sich zu beschleunigen.«¹⁴ In der Artgemeinschaft finden sich Mitglieder sowie ehemalige Mitglieder der NPD oder aus verbotenen Organisationen wie FAP (Freiheitliche deutsche Arbeiter-Partei), Nationalistische Front oder Wiking-Jugend.

Die Goden e.V.

Das Ziel der Goden ist die (vermeintliche) Erneuerung des »artgemäßen Glaubens«. Im Umfeld werden Tagungen zum Beispiel als »Seminar über Umweltfragen und Naturreligionen« getarnt, auf welchen man von einer »arischen Hoch-

religion« träumt und die Feier zum Geburtstag von Adolf Hitler vorbereitet.¹⁵ Vom Christentum halten die Goden nicht viel: »Die heutige Welt ist Ergebnis des im Christentum liegenden Geistes, der auf Zerstörung der Völker und des ihnen eigenen Wesens gerichtet ist.« Wie bei vielen heidnischen Gruppen wird auch bei den Goden das Weihnachtsfest umgedeutet. Wenn »wahrhaft Deutsche« sich frohe Weihnacht wünschten, so hieß es einmal in einem Goden-Rundbrief, so käme dieser Wunsch »aus dem Blutschlag völkischen, volkhaften Lebens«.¹⁶

Deutsche Heidnische Front

Im Internet beschreibt die »Deutsche Heidnische Front« das Christentum als »Schwächeanfall der germanischen Völker, da die christlichen Grundlagen so beschaffen sind, dass Schwäche glorifiziert und Stärke negiert wird. Jede Nation, die sich mit der »christlichen Krankheit« angesteckt hat, trägt zur allgemeinen spirituellen Zersetzung unter den Völkern bei ... die einzige Medizin dagegen ist die Religion des Wotanismus. Im uralten nordeuropäischen Glauben schlummert die Stärke für die germanischen Völker.« Man verfolgt das Ziel, den »germanischen, arteigenen Glauben bedingt durch nordische Mythologie, Weltsicht und Spiritualität zu leben«.

Viele neuheidnische Gruppen fühlen sich »verfolgt«. Sie sprechen von einer neuzeitlichen Inquisition und sehen sich bedroht. Sie werden von Polizei und Verfassungsschutz jedoch nicht aus religiösen Gründen kritisch gesehen, sondern wegen ihrer Nähe zu rechtsextremen Organisationen und verfassungsfeindlichen Positionen.

Wie so oft, ist die Grenze zwischen einem modischen Accessoire und einem weltanschaulichen Bekenntnis oft nicht leicht zu ziehen. Götternamen wie Odin, Thor, Freya oder ein Slogan wie »Odin statt Jesus« zieren immer häufiger T-Shirts. Das muss nicht zwingend bedeuten, dass sich jemand zu neuheidnischen oder gar rechtsextremen Gruppen zugehörig fühlt. Häufig liest man auch den Slogan »Wotan statt Mohammed« – ein Spruch mit »doppeltem Boden«. Denn in der

13 Franziska Hundseder, Neugermanisches Heidentum zwischen Esoterik und Rechtsextremismus, in: M. Pöhlmann (Hg.): Odins Erben. Neugermanisches Heidentum: Analysen und Kritik, EZW-Texte 184, Berlin 2006, 26-36.

14 Almut Gerke, Redaktion Nordische Zeitung, hier zitiert nach: Ebd.

15 Tagungsbericht Rundschreiben 3/91 Hohe Maien, hier zitiert nach: Ebd.

16 Ebd.

Szene steht »WOTAN« einerseits für den germanischen Gott Odin, aber auch für »W.ill O.f T.he A.ryan N.ation« (»Wille der arischen Nation«). Diese Interpretation stammt von Hendrik Möbus. Möbus war 1993 als »Satansmörder« bekannt geworden, als er einen Klassenkameraden ermordet hatte. Später gründete er die Black-Metal-Band »Absurd« und die »Allgermanische Heidnische Front«. Letztere diffamiert das Christentum als »Schwächeanfall der germanischen Völker« und als »Seuche namens Judeo-Christentum«. Als Gegenmittel gegen die »spirituelle Zersetzung« preist er die altnordische Religion und den Wotanismus.

1.5. Rechtsextreme Kleidung

Es gibt Kleidermarken, die überwiegend in der rechtsextremen Szene vertrieben werden. Dazu gehören die Marken Consdaple, Masterrace, Walhall Germany, Hatecrime Streetwear, Working Class Streetwear, Celtic Wear und Dobermann. Mitunter werden auch handelsübliche Kleidungsstücke mit szenetypischen Motiven, Logos oder Schriftzügen bedruckt. Oftmals haben diese einen Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus (zum Beispiel Consdaple, aus dessen Wortmitte sich »NSDAP« herauslesen lässt, »88« (=HH) als Zahlencode für »Heil Hitler«, ebenso »28« (= BH) für die verbotene »Blood & Honour« usw.). Relativ weit verbreitet sind auch die Symbole rechtsextremer Musikprojekte wie Landser, Skrewdriver, etc.

Hinzu kommen germanisch-mythologische Motive, die auf die angebliche Ahnengemeinschaft der Deutschen anspielen und zur Begründung völkischer Ideologiefragmente des deutschen Rechtsextremismus dienen. Dazu gehören Schriftzüge mit völkisch-germanischem Hintergrund wie »Walhalla«, »Walküre«, »Wotans Volk«. Bedeutend sind weiterhin Aufdrucke mit Symbolen aus der germanischen Mystik, so die »Triskele«, die »Schwarze Sonne«, der »Thorshammer« und das »Kelttenkreuz«. Solche Aufdrucke werden auch von Anhängern der germanischen Religion getragen, die sich unpolitisch verstehen. Von einer Nähe zur rechtsextremen Szene ist bei dieser Bekleidung dennoch auszugehen, da sie oft nur über rechtsextreme Vertriebsstrukturen erhältlich ist. Es gibt aber auch frei im Handel erhältliche Kleidermarken, die schon wegen ihres Firmenlogos als

Ausdruck der Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene getragen werden. Das »nsda« inmitten des Schriftzuges Lonsdale ist die bekannteste Variante einer frei im Handel erhältlichen Kleidermarke, die häufig rechtsextreme Jugendliche tragen. Die Firma versucht sich aber von dem rechten Image zu befreien und unterstützt gelegentlich Projekte gegen Rechtsextremismus. Fred Perry-Hemden sind wegen ihres Ährenkranzes beliebt, der dem rechtsextremen Selbstbild des Siegers entgegenkommt, während das Logo von Alpha-Jacken an das verbotene SA-Zivilabzeichen erinnert. Das »N« auf den Schuhen der Marke New Balance gilt in der Szene als Symbol für »national« oder ähnelt der »Zündel-Rune« des kanadischen Holocaustleugners Ernst Zündel.

Auf NPD-Demonstrationen ist diese Produktpalette nach wie vor präsent. Allerdings lassen diese Marken keine eindeutige politische Zuordnung zu. Lonsdale wird von Jugendlichen unterschiedlicher politischer Haltung getragen, New Balance ist eine normale Sportschuhmarke, die auch bei anderen Jugendlichen beliebt ist. Folglich können diese Marken auf einen rechtsextremen Hintergrund hindeuten, sie müssen es aber nicht.

Bei Demonstrationen der rechtsextremen Szene appellieren die Veranstalter inzwischen häufig an ihre eigene Szene, auf strafbare Kleidung zu verzichten, um nicht bei Polizeikontrollen festgenommen zu werden. So treten sie immer häufiger in einfachen Jeans, ohne Stiefel und neutraler dunkler Oberbekleidung auf.

1.6. Antisemitismus

Der Antisemitismus äußert sich heute in Deutschland meist in aggressiver Form, durch Schändungen jüdischer Grabstätten, durch Brandanschläge auf Synagogen und Gewalt gegen Personen. Dass der Antisemitismus zum ideologischen Kernbestand des deutschen Rechtsextremismus gehört, ist kein neues Phänomen. Allerdings hat sich die ideologische Ausrichtung des organisierten wie neuen, informellen Rechtsextremismus in den letzten Jahren zunehmend auf den Antisemitismus orientiert. Der deutsche Antisemitismus von rechtsextremer Seite beruft sich in weiten Teilen auf das Schriftgut der »Völkischen Bewegung« und

des Nationalsozialismus. Im programmatischen und praktischen Kampf gegen die Juden als »Feinde des Deutschen« weltweit und als Verkörperung der »Globalisierung« ist auch der »antizionistische Kampf«, der Kampf gegen Israel und »für das unterdrückte palästinensische Volk«, der in der radikalen, insbesondere »antiimperialistischen« Linken seit Jahrzehnten einen festen Bestandteil demagogischer Welterklärung darstellte, zu einem zentralen rechtsextremen Mobilisierungsthema avanciert.

Auch zahlreiche islamistische Bewegungen sind antisemitisch und bemüht, »judenfreie« Gottesstaaten zu errichten. Inzwischen versuchen sogar einige Rechtsextreme, Bündnispartner in islamistischen Gruppen zu finden. Obwohl man weltanschaulich weit auseinander liegt, vereint das gemeinsame Ziel – der Antisemitismus.

Antisemitismus ist jedoch nicht nur das Bindeglied in der Ideologie der extremen Rechten, sondern gleichzeitig auch in der Mitte der Gesellschaft verankert. Eine neue Qualität erhält der Antisemitismus im wiedervereinigten Deutschland durch den Umstand, dass antisemitische Äußerungen, teilweise versteckt in Israel-Kritik, immer weniger auf Widerspruch stoßen.¹⁷ Hier ist besondere Aufmerksamkeit der Christen gefordert.

¹⁷ Vgl.: <http://www.bpb.de/themen/CNCDW9,32,0,Glossar.html#art32>;
www.dasversteckspiel.de .

Rechtsextremismus in unserer Landeskirche

In ländlichen Regionen ist es oft besonders schwierig, sich gegen Rechtsextremismus zu positionieren. Man kennt sich, hat Angst vor »Nestbeschmutzung« und weiß, dass dieser oder jene »schon immer etwas schwierig war«. Bereits die Wahrnehmung rechtsextremer Aktivitäten fällt mitunter schwer. »Sind das überhaupt Rechte? Die treffen sich doch zum Fußball!« Der zum Hitlergruß ausgestreckte Arm wird schnell übersehen. War das nicht ein freundliches Winken? Oder man kennt die beteiligten Jugendlichen: »Nein, das ist kein Nazi, das ist doch der Sohn von ...«. Und die Geschichte mit dem Hakenkreuz auf der Torte? »Das war ein Spaß, der Mike ist doch eine Frohnatur. Allenfalls jugendlicher Unsinn.«

Da es wenig Gespräche mit den Jugendlichen gibt und die Grenzen zwischen »normalem«, »fremdenfeindlichem« und »rechtsextremem« Menschenbild nicht scharf gesetzt werden, kommt es häufig vor, dass Hinweise auf rechtsextreme Erscheinungen zunächst verharmlost werden. Der bedrohte Afrikaner war »selbst schuld«. »Warum musste er auch abends durch unseren Ort schlendern? Und überhaupt. Wenn so einer schon spazieren geht ...«

2.1. Das betrifft uns doch gar nicht. Oder?

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, beschreibt die Strategie, mit der die NPD zur Zeit versucht, in Politik und Gesellschaft Fuß zu fassen, wie folgt: »Die NPD versucht besonders in den östlichen Bundesländern, sich im gesellschaftlichen Leben zu etablieren. Ziel dabei ist, in der Kommunalpolitik Fuß zu fassen – was ihr in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern bereits gelungen ist. NPD-Mitglieder treten beispielsweise in Vereine und Elternbeiräte ein und beteiligen sich an Bürgerinitiativen. Das entspricht der Strategie der Partei, sich als vertrauenswürdig und wählbar darzustellen. Die ideologische Nähe zum Nationalsozialismus wird aus taktischen Gründen verschleiert, aber bei bestimmten Anlässen, wie etwa dem Hess-Gedenktag, immer wieder deutlich gemacht. Das dient dazu, die Unterstützung aus dem Neonazi-Lager zu erhalten.«¹⁸

¹⁸ Vgl.: <http://www.bpb.de/themen/CNCDW9,2,0,Glossar.html#art2> .

In vielen Kirchengemeinden wird zu Rechtsextremismus und Rassismus klar Position bezogen. In manchen Kirchengemeinden ist jedoch die Wahrnehmung für die Gefahr, die Rechtsextremismus und Rassismus darstellen, noch zu gering ausgeprägt.

Mehr noch: Rechtsextremismus ist kein Phänomen, das ausschließlich Jugendliche oder Menschen in schwierigen wirtschaftlichen Situationen betrifft. Nach Studien sympathisiert jeder Dritte in Brandenburg mit rechtsextremen Einstellungen.¹⁹ In Berlin ist die Anfälligkeit etwas geringer ausgeprägt. Das rechtsextreme Potenzial unter den Wahlberechtigten liegt in Berlin bei sechs Prozent, in Brandenburg bei zwölf Prozent.²⁰ Weiter zeigt diese Studie, dass solche Einstellungen in allen gesellschaftlichen Schichten, wenn auch in unterschiedlicher Häufigkeit, anzutreffen sind. Auch unsere Kirchengemeinden bilden in diesem Zusammenhang (leider) keine Ausnahmen. Interventionen dürfen sich deshalb nicht nur auf Jugendliche beschränken. Dabei sollen Auseinandersetzungen nicht gescheut werden, die bei einem Engagement gegen rechtsextremistische Tendenzen auch in den Kirchengemeinden zu erwarten sind.

Der heutige Rechtsextremismus versucht an aktuelle Themen oder Probleme anzuknüpfen.

Einige Beispiele:

Eine Art »schleichender Rechtsextremismus« bemüht sich, Einfluss in bürgerlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen. Dazu werden wichtige Themen aufgegriffen und besetzt:

- Ordnung im Dorf
- Wachschutzangebote bei Dorffesten
- Mitarbeit in Elternvertretungen oder in Gemeindekirchenräten
- Angebote für Naturcamps »unter Aufsicht der Kameraden«
- Kindergartenplätze für »unsere Kinder«
- NPD-Texte für Aussiedler in russischer Sprache

¹⁹ Vgl. R. Stöss / O. Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, in: Schoeps, Julius H. / Botsch, G. / Kopke, Ch. / Rensmann, L. (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg, Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin 2007, 48.

²⁰ Niedermayer/Stöss: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg, 2005.

Zum Alltag gehört inzwischen auch das subversive Engagement in demokratischen, bürgerkritischen Aktivitäten wie zum Beispiel bei Konflikten um Abwassergebühren oder bei Protesten gegen »Hartz IV«.

Vermeintliches soziales Engagement

Es gibt Orte, in denen bekannte Rechtsextreme wohnen. Gelegentlich sind sie aus strategischen Gründen in eine strukturschwache Region gezogen. Sie beeinflussen mit ihrem Weltbild das Klima des Ortes, auch ohne sich offen politisch zu betätigen. So engagiert man sich in der Freiwilligen Feuerwehr, dem Dorfverschönerungsverein, als Elternvertretung in der Kindertagesstätte oder Schule. Sie sitzen als gewählte Vertreter im Gemeinderat, der Stadtverordnetenversammlung, dem Kreistag, dem Landtag und mitunter sogar im Gemeindekirchenrat. Sie haben vielleicht eine kleine Firma und bieten Arbeitsplätze an. Sie nutzen die Finanzknappheit im Bereich der Jugendarbeit, um ihrerseits Gesinnungsgenossen als Betreuer ins Gespräch zu bringen. Sie sprechen Kinder und Jugendliche an, kümmern sich um deren Hausaufgaben, sind Gesprächspartner für Probleme in der Schule oder zu Hause. Sie helfen älteren Menschen bei der Überprüfung von Energieabrechnungen oder Rentenbescheiden und treten als Sponsoren bei Dorffesten auf. Junge Familien mit rechtsextremem Weltbild geben sich als »Bilderbuchfamilien«, engagieren sich auf Sportfesten, kümmern sich um die Kinder oder fahren gemeinsam zu Großveranstaltungen.

Grundstücksverkäufe

Rechtsextreme versuchen verstärkt, Grundstücke für Bildungszentren, ihre politische Arbeit oder Wohnanlagen für Gesinnungsgenossen zu erwerben. Deshalb sollten Kirchengemeinden bei Verpachtungen oder Verkäufen hinreichend klären, wer der Käufer oder Pächter ist und sich juristisch beraten lassen.

Missbrauch von Kriegerdenkmälern

Kriegerdenkmäler gibt es in fast jedem Ort und auf vielen Kirchengrundstücken. Manche Rechtsextreme versuchen, durch ihr Engagement zur Restaurierung dieser Denkmäler Einfluss auf die Einstellungen in der Kommune und der Kirchengemeinde zu nehmen. »Unsere Helden« werden die Toten ohne Fragen nach Schuld und Vergebung genannt. Eine Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen und den Folgen wird abgelehnt. Hier können Kirchengemeinden für eine andere Erinnerungskultur eintreten.

Verletzung geschützter Räume

Menschen, die sich in einem Ort offen gegen Rechtsextremisten engagieren und Jugendliche, die nicht einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur im Ort angehören wollen, werden zum Ziel von Provokationen, Beleidigungen, Einschüchterungen und Gewalt. Zur Einschüchterung reicht die stundenweise Anwesenheit von zwei bis drei kräftig gebauten jungen Männern vor dem Grundstück, die sich laut darüber unterhalten, was ihrer Meinung nach mit Andersdenkenden passieren könnte. Jugendliche werden »im Vorbeigehen« darauf hingewiesen, dass man sie kenne und dass sie aufpassen sollen, für wen sie sich engagieren. Diese Einschüchterungsversuche sind in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Die Menschen sehen sich vielleicht jeden Tag an der Bushaltestelle, in der Schule, im Laden, auf der Straße. Einschüchterung ist eine Form von Gewalt, die das Klima in einem Ort vergiften kann.

National befreite Zonen:

Anfang der 1990er Jahre kursierte in rechtsextremen Szenen ein Strategiepapier, in dem es hieß: »Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, das heißt wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivistinnen der Stadt zweitrangig. [...] Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen ...«²¹ Der Fokus liegt auf der Schaffung regionaler Räume, in denen Rechtsextremisten

21 Eine Volksfront des nationalen Widerstands, hier zitiert nach: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18383/1.html> .

Dominanz ausüben. Ziel ist es einerseits, die Bürger an rechtsextreme Aktivitäten zu gewöhnen, und andererseits, demokratische Strukturen und Verhaltensweisen auf regionaler Ebene zu destabilisieren und schließlich zurückzudrängen. Laut Verfassungsschutz gibt es in Brandenburg keine »national befreiten Zonen«, allerdings wird eingeräumt, dass »provokante Jugendcliquen« »Angst-Räume« schaffen.²²

2.2. Was können Kirchengemeinden tun?

Es gibt kein Patentrezept, weil die örtlichen Gegebenheiten sehr unterschiedlich sind. Die Kirchen können mithelfen, eine »Kultur der Aufmerksamkeit« zu entwickeln. Mit dieser Anregung traten im Sommer 2007 die leitenden Geistlichen der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche in Magdeburg an die Öffentlichkeit.²³ Sie forderten alle Kirchenmitglieder auf, sich gegen Rechtsextremismus zu positionieren, sich einzumischen und für eine demokratische, weltoffene Gesellschaft einzutreten. Anlass für diesen Aufruf war der Jahrestag der Verbrennung des »Tagebuchs der Anne Frank« auf einer »Sonnenwendfeier« in Pretzien. Intoleranz und Gewalt, so die Bischöfe, sind nicht vereinbar mit der Botschaft des christlichen Glaubens. Daher: »Schauen Sie nicht weg, wenn in ihrem Lebensumfeld extremistisches Gedankengut um sich greift! Widersprechen Sie rechten Parolen, die für gesellschaftliche Probleme radikale und einfach klingende Lösungen fordern! In der Freizeit, auf der Arbeit, in Nachbarschaft und Familie. Werden Sie aktiv! Stehen Sie denen bei, die Ihre Hilfe brauchen! Die Erfahrung zeigt, wo eine Gesellschaft aufmerksam hinschaut, da haben Neonazis es schwer, Fuß zu fassen.« Folgende Schritte haben sich bewährt:

Fakten sammeln

Es reicht nicht, aus dem Gedächtnis irgendwelche Ereignisse zu kramen. Man benötigt genaue Angaben: Wer hat rechtsextreme Parolen gehört, wo waren sie an die Häuser gesprüht, wo hingen Plakate, wer ist angepöbelt oder bedroht worden?

22 <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/brandenburg2.htm> .

23 http://www.ekd.de/aktuell_presse/pm53_2007_kps_wort_rechtsextremismus.html .

Wächteramt wahrnehmen

Die Kirchengemeinden können und sollen sich öffentlich zu politischen Fragen äußern, die im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus stehen. Das gilt sowohl grundsätzlich, als auch in konkreten Zusammenhängen.

Öffentlichkeit herstellen und Widerspruch organisieren

Hilfe und Unterstützung bieten zahlreiche der im Adressverzeichnis genannten Initiativen. Es gehört zu den Aufgaben der christlichen Gemeinden, dem Treiben der Rechtsextremen zu widersprechen.

Verbündete suchen

Kirchengemeinden sollten die Initiative ergreifen. Wer im Ort ist bereit, in einem Netzwerk gegen Gewalt mitzuarbeiten? Infrage kommen Schule, Jugendklub, die römisch-katholische Kirche, Freikirchen und andere religiöse Gemeinschaften. Ebenso Politiker, Journalisten und die Polizei. Gegebenenfalls können Kirchengemeinden Räume zur Verfügung stellen oder weitergehende Unterstützung organisieren.

Hilfe organisieren

Kirchengemeinden können Ansprechpartner für Betroffene Rechtsextremer Gewalt sein.

Fantasievolle Aktionen planen

»Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt« Die Postkartenmotive der Aktion »Ruhig, Brauner!«, initiiert von der Evangelischen Jugend der EKBO(EJBO), werben mit ironischem Humor gegen rechtsextreme Einstellungen und für die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft.

Naheliegende Gelegenheiten nutzen

Bei der Planung der Gemeindearbeit können die Kirchengemeinden Gottesdienste und weitere Veranstaltungen an bestimmten (Jahres-) Tagen annehmen, um rechtsextremen Denkmustern kontinuierlich entgegen zu treten. (Vgl. 4.3. Wiederkehrende Anlässe für Initiativen)

Argumente sortieren

Die Diskussion mit Rechtsextremen ist zermürend, weil sie gar kein Interesse an einem wirklichen Gespräch haben. Meist geht es nur um einen plakativen Schlagabtausch. Dennoch ist es wichtig, einige der wichtigsten rechten Argumente zu kennen und zu wissen, wie diesen widersprochen werden kann.²⁴

Spannungen aushalten

In manchen Orten gibt es eine rechtsextreme Jugendkultur mit fließenden Übergängen zu konservativen Ausrichtungen. Sie verbindet sich oft mit der Vorstellung der Einwohner darüber, wie »ordentliche« Jugendliche sein sollten. Unterschätzt wird dabei, dass die Werte von Ruhe, Ordnung und Disziplin (Jugendclubräume sind aufgeräumt, Jugendliche hungern nicht an der Bushaltestelle herum, Engagement in der Feuerwehr) auch mit einer Nähe zu rechtsextremen Ansichten und Verhalten verbunden sein können. Andererseits finden Jugendliche mit »alternativen«, unangepassten Lebensformen auch bei Kirchengemeinden nicht immer Verständnis. Wo dies der Fall ist, muss interveniert werden. Kirchengemeinden sollten um Verständnis werben für die Möglichkeit des Andersseins als Prävention vor Rechtsextremismus.

Kirchengemeinden können neben der Mitwirkung an Aktionen gegen den Rechtsextremismus gerade auch dadurch wirkungsvoll tätig werden, dass sie in gezielter Beiläufigkeit, im hörenden Gespräch und im gottesdienstlichen Leben das humane, christliche Wertegerüst immer wieder beleben.

Kirchliche Verkündigung, die sich rechtsextremen Entwicklungen stellt, wird die unausweichlichen Konfliktkonstellationen und deren Regulierung im Gemeinwesen berücksichtigen. Wenn kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtsextreme Entwicklungen in Dorf oder Stadt beobachten und öffentlich zur Sprache bringen, werden sie mit Spannungen rechnen müssen, welche die kirchliche Arbeit zunächst beeinträchtigen können. Sie sollten jedoch Unterstützung bei kirchlichen Amtsträgern und Gremien finden.

24 Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus, Bonn 2006, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, kann unter www.bpb.de bestellt werden.

2.3. Was tun, wenn »die Rechten« kommen?

Zum Umgang mit Rechtsextremen bei Veranstaltungen

Rechtsextreme unterwandern Veranstaltungen, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und ähnliche Probleme thematisieren.²⁵ Ziel ist es, diese Veranstaltungen zu stören, für eigene Zwecke zu nutzen und Erkenntnisse über solche Gegenveranstaltungen zu gewinnen. Die Veranstalter sind auf Störungen oftmals nicht vorbereitet. Das kann dazu führen, dass die Rechtsextremen ihr Ziel erreichen, die Veranstaltung quasi übernehmen und damit zu einer Propagandaaktion in ihrem Sinne umfunktionieren.

In der Regel kommen Rechtsextreme als Gruppe und wollen allein durch ihre Präsenz die Teilnehmenden einschüchtern. Sie versuchen, den Diskussionsverlauf zu bestimmen und Themen vorzugeben. Das rechtsextreme Erscheinungsbild mit Glatze, Springerstiefeln und Bomberjacke ist inzwischen von dem des eher netten, ordentlichen und höflichen Menschen abgelöst. Mit ihrem Erscheinen wollen sie provozieren und sie hoffen auf eine Gelegenheit für demagogische Erwiderungen.

Um solche Zwischenfälle zu verhindern, sollten die Veranstalter im Vorfeld einige Fragen bedenken:

- Wer hat das Hausrecht?
- Wer leitet die Veranstaltung, die Diskussion?
- Wer ist als Gesprächs- und Diskussionspartner eingeladen bzw. nicht eingeladen.
- Sollte die Polizei vorab informiert werden?
- Gibt es ein Saalmikrofon? Sollte es besser kein solches Mikrofon geben? Wer kann es gegebenenfalls ausschalten?
- Welche Regeln gelten bei Fragen, Diskussionsbeiträgen, Zwischenrufen, Mehrfachredenden?
- Wer ist als Teilnehmer eingeladen? (Im Fall einer geschlossenen Veranstaltung – wer kontrolliert das?)

²⁵ Dieses Kapitel orientiert sich an einem Text des Mobilen Beratungsteams, Potsdam (<http://www.mobiles-beratungsteam.de>).

- Werden alle Interessierten zugelassen? Wenn nicht, womit kann das begründet oder wie soll das durchgesetzt werden?
- Ist die Presse informiert und eingeladen?

Tipps für gefährdete Veranstaltungen:

- Jemand sollte (zum Beispiel im Bereich der Eingangstür) beobachten, ob Rechtsextreme kommen.
- Die Veranstaltenden und die Fachleute sollten so sitzen, dass sie die Versammlung überblicken können – Störer kommen gern zu spät.
- Wichtige Plätze (erste und letzte Stuhlreihen, Plätze an den Gängen, Balkonbrüstungen, Plätze an den Türen, an Aufgängen zu Bühnen, Saalmikrofonen, Lichtschaltern, usw.) können rechtzeitig mit loyalen Personen besetzt werden.

Im Fall von unvorhersehbaren Wortmeldungen Rechtsextremer Ruhe bewahren, Provokationen ignorieren und sich keine Themen aufzwingen lassen. Gegebenenfalls ausreden lassen – aber Grenzen setzen. »Vielleicht wollen andere auch mal was sagen?« Bei fortgesetzter Störung Saalverweise androhen und durchsetzen. Sollten sich die Störenden trotz Aufforderung des Hausherrn weigern, den Saal zu verlassen, kann die Polizei das Hausrecht durchsetzen. Hilfreich ist, wenn im Vorfeld jemand gebeten wurde, im Falle eines Falles die Polizei anzurufen.

Für den Ausschluss einzelner Personen aus einer Versammlung gibt es zwei Rechtsgrundlagen:

- Ausschluss bestimmter Personen in der Einladung des Veranstalters.
- Ausschluss gröblicher Störer während der Veranstaltung durch die Versammlungsleitung.

Im Versammlungsgesetz (VersammlG) wird dem Veranstalter das Recht eingeräumt, bestimmte Personen oder Personenkreise in der Einladung von der Teilnahme an der Versammlung auszuschließen. Das können explizit die Angehörigen der örtlichen rechten Szene sein. Zum Beispiel kann bereits in der Einladung mitgeteilt werden: Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen, und Personen, die rechtsextremem Organisationen und

Parteien angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung treten, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren. Werden nur bestimmte Personengruppen wie Schüler oder Konfirmanden eingeladen, ergibt sich der Ausschluss aller anderen Personen indirekt. Zulässig ist auch eine Beschränkung der Teilnehmerzahl.

Die Versammlungsleitung kann Personen, welche die Ordnung gröblich stören, gemäß § 11 VersammlG von der Versammlung ausschließen. Allgemein geht man davon aus, dass die Ordnung nicht schon dann gröblich gestört ist, wenn die Leitung, der Redner oder andere Teilnehmende der Versammlung durch das Verhalten eines anderen Teilnehmenden, etwa durch Zwischenrufe, Pfiffe oder anderes Störverhalten, beeinträchtigt wird. Dies drückt (noch) praktiziertes Teilnehmen an der Versammlung aus. Notwendig ist, dass der ordnungsgemäße Ablauf der Versammlung durch das Störverhalten in Frage gestellt ist. Dies kann bei anhaltendem Lärm, Sprechchören oder dem Zeigen von Plakaten mit beleidigendem oder verfassungswidrigem Inhalt der Fall sein.

Von der Versammlung Ausgeschlossene müssen diese sofort verlassen (§ 11 Abs. 2 VersammlG). Dabei hat die Ordnungsgewalt der Leitung Vorrang vor polizeilichen Maßnahmen. Die Versammlungsleitung darf bei der Entfernung aber nicht selbst Zwang anwenden, sondern muss sich der Hilfe der Polizei bedienen. Ist die Polizei nicht rechtzeitig erreichbar, kann eine Nothilfe- oder Notwehrsituation vorliegen, wenn die Störungen die Fortsetzung der Versammlung gefährden oder die Gefahr besteht, dass es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung kommt. Dann dürfen die Versammlungsleitung oder Helfer Zwang anwenden, um den Störer zu entfernen.

Ermutigung zum Handeln

3.1. BAFF – »Bands auf festen Füßen« gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

BAFF ist ein Projekt der evangelischen Kirchengemeinde Joachimsthal und bietet Information, Beratung und Unterstützung auch für andere Gemeinden, die Interesse an ähnlichen Aktivitäten haben. Das Ziel besteht darin, dem Rechtsextremismus den Boden zu entziehen, eine alternative Jugendkultur aufzubauen und Jugendlichen eine spannende Kirche zu eröffnen.

Sechs Bands üben regelmäßig unter professioneller Anleitung, eine Breakdance-Gruppe probt in der Winterkirche. Jährlich werden zwei große Konzerte veranstaltet: »Musik im Park« und »Jugend im Advent«. Einmal im Jahr findet eine Workshop-Reise gemeinsam mit Jugendlichen anderer kultureller Herkunft nach Kroatien statt. Es gibt Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus.

Jugendprojekt BAFF

Kirchengemeinde Joachimsthal

Pfn. Beatrix Spreng

Kirchstraße 1, 16247 Joachimsthal

Tel 033 361-2 68

3.2. Jerusalems-Kirche – Forum für interreligiöse Bildung

Das Projekt Jerusalems-Kirche – Forum für interreligiöse Bildung bietet Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen Beratung und Kooperation bei gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen an. Es wurde mit dem Ziel gegründet, den interreligiösen Austausch und die Bildung insbesondere von Jugendlichen und Multiplikator zu fördern. Die Räumlichkeiten der Jerusalems-Kirche und der Standort innerhalb eines multikulturellen und multireligiösen Kiezes in direkter Nachbarschaft zum Jüdischen Museum Berlin und zu weiteren Einrichtungen verschiedener Prägungen (Moscheen, Kirchengemeinden, nachbarschaftliche Initiativen, Schulen) bieten gute Voraussetzungen für ein solches Projekt.

Jerusalems-Kirche – Forum für interreligiöse Bildung

Lindenstraße 85, 10969 Berlin

Tel 030·252 93-212

www.zentrum-jerusalem.de

3.3. Wiederkehrende Anlässe für Initiativen

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss langfristig angelegt sein. Wichtig ist es, nicht nur auf konkrete Ereignisse zu reagieren, sondern selbst die Initiative zu ergreifen. So kann es sinnvoll sein, an bestimmten (Gedenk-)Tagen mit Gottesdiensten und Veranstaltungen für christliche und demokratische Grundwerte einzutreten oder eine Veranstaltung mit der kritischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort zu verbinden.

Folgende Daten bieten sich an:

27. Januar, Gedenktag der Shoa:

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Der Gedenktag regt zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und zur Auseinandersetzung mit den Tätern an. Die Veranstaltung muss gut vorbereitet werden, denn in der rechtsextremen Propaganda wird versucht, die Opfer des National-

sozialismus durch den Vergleich mit Opfern anderer Diktaturen zu relativieren und die Täter aus SS und Wehrmacht nachträglich selbst zu Opfern zu stilisieren.

21. März, Internationaler Tag gegen Rassismus:

In Erinnerung an das von der südafrikanischen Polizei verursachte Massaker an 69 friedlichen Demonstranten am 21. März 1960 in Sharpeville wurde der 21. März von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung erklärt.

8. Mai, Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus:

Das Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs und an die Befreiung von der Herrschaft des Nationalsozialismus kann verbunden werden mit den aktuellen Herausforderungen durch den Rechtsextremismus.

23. Mai, Tag des Grundgesetzes:

Dieser Tag wird mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen begangen. Initiativen, Gruppen, engagierte Bürgerinnen und Bürger machen darauf aufmerksam, dass die Demokratie vom Engagement ihrer Bürger lebt.

20. Juni, Weltflüchtlingstag:

Im Jahr 2000 beschloss die UN-Vollversammlung, aus Anlass des 50jährigen Bestehens des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention den 20. Juni zum Weltflüchtlingstag zu erklären. Weltweit werden an diesem Tag viele Aktionen durchgeführt, um auf die besondere Situation und die Not von Flüchtlingen aufmerksam zu machen.

1. September, Beginn des Zweiten Weltkriegs und Überfall auf Polen:

Der Tag erinnert daran, dass Gewalt und Krieg zwangsläufige Folgen der nationalsozialistischen Ideologie waren.

Ende September, Interkulturelle Woche und Tag des Flüchtlings:

Die Interkulturelle Woche findet auf Initiative der christlichen Kirchen seit 1975 jedes Jahr in der Woche vor dem Erntedankfest Ende September, Anfang Okto-

ber statt. Jeweils im Mai informiert der Ökumenische Vorbereitungsausschuss mit einem Schreiben die Kirchengemeinden, Einrichtungen, Initiativen und staatliche Stellen über die bevorstehende Interkulturelle Woche und lädt dazu ein, sich mit eigenen Veranstaltungen zu beteiligen. Jeweils am Freitag vor dem Erntedankfest ist der Tag des Flüchtlings.

21. September, Internationaler Tag des Gebets für den Frieden:

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) ruft seine Mitgliedskirchen im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt dazu auf, sich auf den Weg zu machen, um »Geist, Logik und Praxis der Gewalt zu überwinden«. Die EKBO beteiligt sich mit Gottesdiensten, Veranstaltungen, Projekten, Ausstellungen, Konfirmandentagen, Diskussionsforen und vielem mehr. Jeweils am 21. September, dem Internationalen Tag des Gebets für den Frieden, soll in Gottesdiensten und Andachten für die Überwindung von Gewalt und für den Frieden gebetet werden.

9. November:

Ein Tag, an welchem sehr unterschiedlicher Ereignisse der deutschen Geschichte gedacht wird:

- 1848 Anfang vom Ende der Märzrevolution
(in den Staaten des deutschen Bundes)
- 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch
- 1938 Novemberpogrome gegen Juden und jüdische Einrichtungen
(sogenannte »Reichskristallnacht«)
- 1989 Öffnung der Berliner Mauer und Beginn der Wiedervereinigung

10. Dezember, Internationaler Tag der Menschenrechte:

Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen (1948). Der Tag wird vielfach zum Anlass genommen, an die Menschenrechte zu erinnern und deren Durchsetzung anzumahnen.

Adressen, Literaturhinweise und Glossar

4.1.1 Überregionale Initiativen

Im Gebiet der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz gibt es eine Reihe von Arbeitsstellen, die Beratung und Unterstützung anbieten. Die Kontaktaufnahme zu diesen Stellen wird nachdrücklich empfohlen.

Mobile Beratungsteams

Die Mobilen Beratungsteams gibt es in Berlin, Brandenburg und Sachsen. Sie sind für Kirchengemeinden der erste Ansprechpartner beim Auftreten eines rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Problems. Sie bieten Hilfe zur Selbsthilfe gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und treten für eine demokratische Kultur ein.

Sie

- beraten, moderieren und informieren und tragen so zur Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gesellschaft bei,
- beraten alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen – vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom kreisweiten Netzwerk für Toleranz bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zur Kirchengemeinde,
- haben als Ziel die gemeinsame Entwicklung und Sicherung demokratischer Grundwerte, die Stärkung der Verantwortung jedes Einzelnen und die Abwehr und Verhinderung von rechtsextremen und rassistischen Entwicklungen und Übergriffen.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Tel 030-2 40 45-430
www.mbr-berlin.de

Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

Mobiles Beratungsteam (MBT)
Benzstr. 11/12, 14482 Potsdam
Tel 0331-740 62 46
www.mobiles-beratungsteam.de

Mobiles Beratungsteam (MBT)/ Kulturbüro Sachsen e.V.

Gartenstraße 13, 01796 Pirna
Tel 03501-5 82-2 89
www.tolerantes-sachsen.de

RAA: Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.

Die Regionalen Arbeitsstellen sind Einrichtungen der Jugendhilfe und pädagogische Heimat für engagierte Lehrer und Lehrerinnen. Sie arbeiten als Dienstleistungsagentur zur Entwicklung von Zivilgesellschaft. Durch direkte und indirekte Intervention versuchen sie, Rechtsextremismus zu bekämpfen und für Minderheitenschutz zu sorgen. Direkt durch interkulturelle Erziehung, innovative Formen politischer Bildung, indirekt durch die Verbesserung der Lebenssituation von Jugendlichen, wie mit der Einrichtung von Schülerclubs und Projekten beim Übergang von der Schule zum Beruf. Die RAA entwickeln dazu Materialien, organisieren Fortbildungen, beraten, begleiten und bieten weitere Dienstleistungen an.

Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen (RAA)

Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Tel 030·240 45-100
www.raa-berlin.de

Benzstr. 11/12, 14482 Potsdam
Tel 0331·747 80-0
www.raa-brandenburg.de

Opferperspektive e.V.

Opferperspektive e.V. ist ein in Potsdam ansässiger gemeinnütziger Verein, der sich für die Opfer rechtsextremer Gewalt einsetzt, damit »jeder Mensch, gleich welchen nationalen, ethnischen, religiösen, sexuell-orientierten oder weltanschaulichen Hintergrunds, frei und ohne Angst sich bewegen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann«. ²⁶ Er recherchiert, erfasst und veröffentlicht systematisch Fälle rechts-extremer Gewalttaten im Land Brandenburg. Außerdem bietet der Verein landesweit eine aufsuchende Beratung für Menschen, die Opfer rechtsextremer Gewalt wurden, und ihre Angehörigen an. Opferperspektive e.V. lädt Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Institutionen und Medien dazu ein, durch die Solidarisierung mit den Opfern ein klares Zeichen für die Menschenrechte zu setzen. Dazu gehört auch, jene Gruppen zu stärken und zu unterstützen, die als gesellschaftliche Minderheiten Diskriminierung und Gewalt erfahren.

Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Str. 164,
14482 Potsdam
Tel 0331·8 17 00 00
www.opferperspektive.de

ReachOut – Beratung für Opfer von rechtsextremen Angriffen

ReachOut ist eine Beratungsstelle für die Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Sie bietet Beratung und emotionale Unterstützung nach einem Angriff, Entscheidungshilfen zum weiteren Vorgehen, Hinweise zu rechtlichen Schritten, Beratung über finanzielle Unterstützung, psychosoziale Beratung, Vermittlung von therapeutischen Angeboten, Vermittlung von Beratungsstellen, zum Beispiel bei Aufenthaltsrechtlichen Problemen, Öffentlichkeitsarbeit, Informationen und Bildungsveranstaltungen zu Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in Berlin.

Reach Out, Beratung für Opfer von rechtsextremen Angriffen

Oranienstr. 159, 10969 Berlin
Tel 030·695 68 339
www.reachoutberlin.de

4.1.2. Hilfreiche kirchliche Adressen im Bereich der EKBO

Amt für kirchliche Dienste

Fachgebiet Jugendarbeit
und Arbeit mit Kindern
Goethestraße 26-30, 10625 Berlin,
Tel 030·31 91-161, -171, -181, -191

Beauftragter für Migration und Integration

Hanns Thomä
Georgenkirchstraße 69, 10249 Berlin,
Tel 030·243 44 533
Fax 030·243 44 257-9
h.thomae@ekbo.de

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Arbeitsbereich Existenzsicherung
und Integration
Paulsenstraße 55-56, 12163 Berlin
Tel 030·820 97-250/-251

Kirchenkreis Neukölln-Oberspree

Islambeauftragte Pfn. Heike Steller-Gül
Martin-Luther-King-Weg 5, 12353 Berlin
Tel 030·666 89 222

Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf

Ausländerbeauftragte Eva-Maria Kulla
Kirchstraße 4, 14163 Berlin,
Tel 030·802 16 85

Kirchenkreis Potsdam

Ausländerseelsorgerin Monique Tinney
Eisenhardtstraße 23, 14469 Potsdam
Tel 0331·704 62 40

Kirchenkreis Oranienburg

Referentin für Flüchtlinge
Simone Tetzlaff
Fabrikstraße 10, 16761 Hennigsdorf
Tel 033 03·222 918

4.1.3. Weitere Initiativen im Bereich der Landeskirche

Agentur für soziale Perspektiven – ASP e.V.

Die Agentur für soziale Perspektiven – ASP e.V. unterstützt jugendliches Engagement gegen rechte Jugendkulturen.
Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
Tel 030·61076462
www.aspberlin.de
www.dasversteckspiel.de

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel 030·283 95-184
www.asf-ev.de

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Geschäftsstelle im Ministerium
für Bildung, Jugend und Sport
Heinrich-Mann-Allee 107,
14473 Potsdam
Tel 0331·8 66-3570
www.aktionsbueundnis.brandenburg.de

Antigewalt-Trainings bieten u.a. die Polizeidienststellen der Länder. Kontakt auch über:

Geschäftsstelle der Landeskommision
Berlin gegen Gewalt
Manuela Bohlemann
Klosterstraße 47, 10179 Berlin,
Tel 030·902 72 913

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstraße 139, 10115 Berlin
Tel 030·240 88 610
www.amadeu-antonio-stiftung.de

²⁶ http://www.opferperspektive.de/Ueber_uns.

Archiv der Jugendkulturen

Das Berliner Archiv der Jugendkulturen e. V. sammelt Materialien jugendlicher Kulturen (Skinheads, Punks, Grufties, Rapper usw.).

Fidicinstraße 3, 10965 Berlin
Tel 030·694 29 34
www.jugendkulturen.de

Arbeitsgruppe »Rechtsextremismus« in ver.di Berlin-Brandenburg

Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Tel 030·886 64 106
www.agrexive.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Stresemannstraße 90, 10963 Berlin
Tel 030·236 34 08-0
www.buendnis-toleranz.de

Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin
Tel 030·90 17-2351
www.berlin.de/lb/intmig

Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Geschwister-Scholl-Straße 12, 15907 Lübben
Tel 03546·22 93 36

Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam,
Tel 0331·866-5954
www.antidiskriminierung-brandenburg.de

Internationaler Konvent fremdsprachiger Gemeinden

Georgenkirchstraße 70, 10249 Berlin
Tel 030·2 43 44-158

Koordinierungsstelle »Tolerantes Brandenburg«

der Landesregierung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam
Tel 0331·866 35 60-63
www.tolerantes.brandenburg.de

Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V., Universität Potsdam

(auch Vermittlung von Referenten zu Themen: Rechtsextremismus; Antisemitismus; jüdische Geschichte)
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
www.mmz-potsdam.de

Ökumenischer Rat Berlin-Brandenburg (ÖRBB)

Gierkeplatz 2-4, 10585 Berlin
Tel 030·3 42-1000
www.oerbb.de

Tolerantes Sachsen – Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.

Domplatz 5, 04808 Wurzen
www.tolerantes-sachsen.de

4.1.4. Internet

Aktion weltoffenes Deutschland

www.gesichtzeigen.de

Das antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

www.apabiz.de

Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum Berlin

www.aric.de

Bundesamt für Verfassungsschutz

www.verfassungsschutz.de

Blick nach rechts

www.bnr.de

Brandenburger Verfassungsschutz

www.verfassungsschutz.brandenburg.de

Bundeszentrale für Politische Bildung

– Thema: Rechtsextremismus

www.bpb.de/aktuelles/html/body_rechtsextrem.html

Friedrich-Ebert-Stiftung

Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung – Thema: Rechtsextremismus:
www.fes-online-akademie.de

haGalil online

haGalil online ist das größte jüdische Online-Magazine in Europa. Es berichtet über jüdisches Leben, Kultur und Religion, über Israel und bietet Aufklärung über Antisemitismus und Rechtsextremismus.
www.hagalil.com

Holocaust Referenz-Argumente gegen Auschwitzleugner

www.h-ref.de

Informationen über Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

www.dasversteckspiel.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung

www.idaev.de

Internet-Plattform gegen Rechtsextremismus des Magazins Stern.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Netz gegen Rechts

www.netzgegenrechts.de

NPD-blog-info

Kontinuierliche Berichterstattung über die NPD.
www.npd-blog.info

Medien-Initiative »Netz gegen Rechts«

Das Informationsportal gegen Rechtsextremismus von deutschen Zeitungen, Agenturen und Sendern
www.netzgegenrechts.de

Plattform für Vernetzung

www.turnitdown.de

Recht gegen Rechts

Rechtliche Informationen für den Kampf gegen Rechts – im Netz und anderswo.
www.rechtgegenrechts.org

Amt für kirchliche Dienste in der EKBO
Audiovisuelle Medien, Begleitmaterial für den Einsatz von Medien, Literatur, Arbeitshilfen und Unterrichtsentwürfe finden Sie in der Evangelischen Medienzentrale und Bibliothek.

Goethestr. 26-30, 10625 Berlin
Tel 030-31 91-292
www.medienzentrale-ekbo.de

Agentur für soziale Perspektiven:
Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen, Berlin 2005

Evangelische Kirche im Rheinland:
Ist man vor Antisemitismus nur noch auf dem Monde sicher? Eine Arbeitshilfe. Download unter www.ekir.de

Fahr, Margitta-Sybille:
»Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!« Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt. Hg. Mobiles Beratungsteam Brandenburg, Potsdam 2005

Glaser, S. / Pfeiffer, T. (Hg.):
Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Bonn 2007, incl. CD-Rom mit umfangreichem Material. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, kann unter www.bpb.de bestellt werden.

Grüne Jugend Bundesverband (Hg.):
German History. Aktuelle Tendenzen in der Rechtsextremen-Szene, Berlin 2005, download:
http://www2.gruene-jugend.de/uploads/Rechtsextremismusbrochure_klein.pdf

Hafeneger, Benno und Schönfelder, Sven:
»Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie«, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Hülsemann, Wolfram/Kohlstruck, Michael (Hg.):
Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch. Potsdam 2004

Hufer, Klaus-Peter:
Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus, Bonn 2006, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, kann unter www.bpb.de bestellt werden.

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg:
Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2006. Ein Handbuch, Potsdam 2007

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (Hg.):
»Kampf um die Rathäuser« Berliner Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln, Berlin 2007,

download:
www.mbr-berlin.de/Aktuelles/405.html

Nächstenliebe verlangt Klarheit:
Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus, hg. v. Kirchenamt der Föderation Ev. Kirchen in Mitteldeutschland (EKM), Eisenach 2008

Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hg.):
Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn 2006, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, kann unter www.bpb.de bestellt werden.

Klein, Ludger:
Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, Bonn 2007

Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (Hg.):
Demokratie ist ...? ... Menschen können wählen ... Demokratievermittlung – Konzepte und methodische Beispiele. Ein Handbuch. Leipzig 2005. 62 S. Bezug: Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V., Karl-Heine-Straße 83, 04229 Leipzig.
www.landesfilmdienst-sachsen.de

Landesjugendpfarramt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (Hg.):
Einmischen statt aufmischen. Materialsammlung der Arbeitsgruppe Kirche und Rechtsextremismus – Christen für Toleranz, Zivilcourage und demokratische Kultur. Dresden. Bezug: Landesjugendpfarramt. Begegnungs- und Bildungsarbeit. Caspar-David-Friedrich-Str. 5, 01219 Dresden. post@evjusa.de

Reader:
Grenzen lokaler Demokratie – zivilrechtliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum, Studie der Grünen vom Juni 2007, download unter www.gruene-bundestag.de

Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern:
Dokumentation einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und des DGB Bonn 2007

Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Und die Kirche?
– Zum gesellschaftlichen und kirchlichen Umgang mit Rechtsextremismus, epd-Dokumentation 35/2007, August 2007

Schoeps, Julius H. / Botsch, G. / Kopke, Ch. / Rensmann, L. (Hg.):
Rechtsextremismus in Brandenburg, Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin 2007

Staud, Toralf:
Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Bonn 2006, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, kann unter www.bpb.de bestellt werden.

Richard Stöss:
Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Dialog Ostdeutschland. Bonn 2005

»Streiten mit Neonazis?

Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten«

Eine Handreichung auf der Basis von: »Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf: Eine gemeinsame Publikation der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), der Netzwerkstellen [moskito] und Licht-Blicke sowie des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) e.V.«, Berlin 2006

Verfassungsschutzbehörden der

Länder Berlin und Brandenburg (Hg.):

Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus, Berlin 2006

Virchow, Fabian /Dornbusch,

Christian (Hg.):

88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts. 2008

4.3. Glossar rechtsextremer Einstellungen

Sozialwissenschaftliche Langzeituntersuchungen zeigen, dass eine kleinere Gruppe von Befragten allen im Folgenden genannten Facetten zustimmt. Einzelne dieser Aspekte bejahen mehr Menschen, ohne dass sie sich bewusst machen, dass sie damit elementaren Bestandteilen des rechtsextremen Weltbildes zustimmen.

Unter Antisemitismus wird die Abwertung von Menschen jüdischen Glaubens und Herkunft, sowie ihrer kulturellen Symbole verstanden. Im 19. Jahrhundert wurde der Antisemitismus zur politischen Ideologie, im Nationalsozialismus zur Staatsdoktrin, die nicht mit dem religiösen Judenhass gleichzusetzen ist. Religiöser Judenhass hat jedoch den politischen Antisemitismus begünstigt. Kern der antisemitischen Ideologie ist, dass Juden eine eigene Rasse seien und somit, anders als beim religiösen Judenhass, weder durch die Taufe noch durch andere Maßnahmen in den »Volkskörper« assimilierbar seien. Ihre Integration und Assimilation soll vielmehr verhindert beziehungsweise rückgängig gemacht werden.

Autoritarismus ist die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter Stärkere beziehungsweise unter nicht legitimierte Herrschaft und die Neigung zur Unterdrückung Schwächerer. Konkrete Ausformungen des rechtsextremistischen Autoritarismus sind militärische Strukturen, eine Ablehnung von demokratisch legitimer Macht und liberalem Denken. Dazu gehört auch ein auf das Führerprinzip reduziertes Staats- und Politikverständnis sowie die Ablehnung der Demokratie und des Parlamentarismus.

Fremdenfeindlichkeit geht häufig von Ängsten gegenüber Menschen fremder Herkunft aus. Die Ablehnung von Menschen fremder Herkunft wird oft mit einer behaupteten oder auch tatsächlichen Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze, Ressourcen oder Positionen und auch mit der Behauptung von »kultureller« Rückständigkeit der Fremden begründet. Eine persönliche Kenntnis von Fremden, eigene, gar negative Erfahrungen mit Fremden sind nicht nötig, um Fremdenfeindlichkeit auszubilden. Es gibt eine Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde.

Militarismus bezeichnet die Übertragung militärischer Wertvorstellungen, Verhaltensformen und Strukturen auf zivile Bereiche der Gesellschaft, das Vorherrschen militärisch-kriegerischer Prinzipien sowie die Orientierung an militärischen Leitbildern und Vorbildern. Militarismus geht häufig einher mit Autoritarismus und Gewaltbereitschaft. In einer rechtsextremistischen Kultur gibt es häufig eine Nähe zum Militarismus. Dazu zählt die Verharmlosung oder Verherrlichung insbesondere des Zweiten Weltkriegs durch die Feststellung, dass deutsche Soldaten die besten in der Welt (gewesen) seien und in den beiden Weltkriegen des vorigen Jahrhunderts gezeigt hätten, zu welch großartigen Leistungen sie fähig seien. Der Gefallenen gedenkt man dankbar als Helden, die doch für das Vaterland ihr Leben gelassen hätten. Das Erinnern an Schuld, das Wissen um Verantwortung der jetzt Lebenden und die Bitte um Versöhnung gegenüber den Nachbarvölkern wird abgelehnt.

Nationalismus, Chauvinismus meint die Überschätzung des Werts der eigenen Nation im Vergleich zu anderen und fordert eine Vorrangstellung für die eigene Nation. Der zeitgenössische Nationalismus geht häufig einher mit der Verharmlosung oder Verherrlichung des deutschen Nationalsozialismus, zum Beispiel durch Erinnern an den Autobahnbau, fehlende Arbeitslosigkeit, Ordnung und Sicherheit (für deutsche Arier). Ausgeblendet oder verleugnet werden der Mord an Juden, Sinti, Roma und den Völkern Osteuropas, die Eliminierung der allgemeinen Grund- und Freiheitsrechte, die deutsche Verantwortung für den Krieg.

Neonazismus ist der Teil des Rechtsextremismus, der mit seinen politischen Vorstellungen auf Weltanschauung, Programm und Machtanspruch des Nationalsozialismus zurückgreift. Während neonazistische Organisationen direkt an das nationalsozialistische Regime anknüpfen, distanzieren sich andere rechtsextremistische Organisationen wie die Republikaner, die Deutsche Volksunion, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands und die Deutsche Liga für Volk und Heimat verbal vom Nationalsozialismus. Zur Neonazi Szene gehören unter anderem gewaltbereite Skinheads und die Freien Kameradschaften.

Rassismus umfasst die Abwertung von Gruppenangehörigen fremder Herkunft bei gleichzeitiger Behauptung einer »natürlichen« Höherwertigkeit der Eigengruppe. Dabei erfasst der Begriff nicht nur persönliche Einstellungen und Haltungen, sondern auch gesellschaftliche und politische Strukturen. Historische

Zusammenhänge (zum Beispiel Kolonialismus), Veränderungen und Ausdifferenzierungen wie biologisch oder kulturell begründete Varianten des Rassismus, werden mit einbezogen.

Der Rechtsextremismusbegriff wird für unterschiedliche Sachverhalte in Anspruch genommen und vielfältig gedeutet. Es existiert keine allgemein anerkannte Definition und Rechtsextremismustheorie. Der Politologe Hans-Gerd Jaschke definiert Rechtsextremismus als »die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter Rechtsextremismus verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.«²⁷

²⁷ Vgl. Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Wiesbaden 2001, S. 30.

Sozialdarwinismus bezeichnet die Überzeugung, dass zwischen wertvollem und »unwertem« Leben zu unterscheiden sei, dass das Starke gut und das Schwache schlecht sei und dass sich das Starke gegen das Schwache durchsetzen müsse. Daraus folgt die Vorstellung, dass sich das deutsche Volk im Rahmen der Globalisierung in einem Kampf gegenüber Angriffen auf sein Land und den »gesunden Volkskörper« befindet und sich dagegen zu wehren hat. Kirchliche Verkündigung wird abgelehnt, weil sie in ihrer Botschaft und in ihren Handlungen an das Lebensrecht Schwacher und Benachteiligter erinnert und dazu aufruft, ihnen solidarisch beizustehen. Die germanische Mythologie wird bemüht (»Odins Zeugen«, »Odin statt Jesus«), um die Stärke der »Ahnenreligion« als geistiges Bollwerk gegen jüdisch-christliches »Degenerieren« zur Geltung zu bringen.

Herausgeber

Der Presse- und Öffentlichkeits-
beauftragte der Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz

Pfr. Volker Jastrzembski
Georgenkirchstraße 69, 10249 Berlin
Tel 030·2 43 44-290
Fax 030·2 43 44-289
info@ekbo.de

**Vorbereitet wurde diese Handrei-
chung in einer vom Kirchenleitungs-
ausschuss für Ausländerarbeit
eingesetzten Arbeitsgruppe**

Generalsuperintendentin Heilgard Asmus
Pfarrer i.R. Dr. Hans-Ulrich Berndt
Superintendent i.R. Eckhard Fichtmüller
Pfarrer i.R. Jürgen Quandt
Pfarrerinnen Beatrix Spreng
Hanns Thomä

Einige Texte wurden erarbeitet von

Pfarrer Bernhard Fricke
Wolfram Hülsemann
Superintendent Heinz-Joachim Lohmann

Redaktion

Dr. Andreas Fincke

Zu bestellen bei

Beauftragter für Migration und
Integration der EKBO
Georgenkirchstraße. 69, 10249 Berlin
Tel 030·2 43 44-533
Fax 030·2 43 44-2579
m.schmidt@ekbo.de

Auflage 1

Stand Februar 2008

Gestaltung

NORDSONNE, Berlin

Druck

Buch- und Offsetdruckerei
H. Heenemann GmbH & Co. KG



www.ekbo.de